Zu TOP 19

Digitalisierungsausschuss 15.09.2022

- einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Der Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Rat **abweichend vom Beschlussvorschlag** der Verwaltung die Digitalstrategie und den Medienentwicklungsplan für die allgemeinbildenden städtischen Schulen 2023 – 2027 als Arbeitsgrundlage der Verwaltung, mit folgenden Maßgaben zu beschließen:

1. Die erforderlichen Mehrbedarfe für das Haushaltsjahr 2023 für das Szenario einer 1:2-Ausstattung werden aus kommunalen Mitteln (hier: Rücklage der Bildungspauschale) bereitgestellt. Die erforderlichen Mehrbedarfe für die Jahre 2024 – 2026 sind in der mittelfristigen Finanzplanung vorzutragen.
2. Durch die Akquise weiterer Fördermittel ist das Ausstattungsverhältnis sukzessive bis hin zu einer durchgängigen 1:1-Ausstattung zu optimieren. Weitere Förderprogramme für digitale Ausstattungen und digitale Infrastruktur in Schulen sind zu nutzen.
3. Der Übernahme der zusätzlichen Personalbedarfe im Umfang von 2,5 VZÄ im Amt für Schule als Mehrstellen in den Stellenplan 2023 wird zugestimmt, wobei 1 VZÄ für die Koordination der Fortbildungen im Medienlabor einen KW-Vermerk 2026 erhält. Die dafür noch erforderlichen Mittel iHv. 82.500 € (142.500 € abzgl. Teildeckung 60.000 €) werden im Haushalt zur Verfügung gestellt.
4. Darüber hinaus stehen alle Maßnahmen unter dem Haushaltsvorbehalt und können umgesetzt werden, sofern in den jeweiligen Haushaltsplänen für diese Zwecke entsprechende Mittel bereitgestellt werden.
5. **Die Verwaltung wird beauftragt,**
 - a) dem Digitalisierungsausschuss bis Ende des Jahres ein Konzept samt Zeitplan zur Umsetzung der flächendeckenden WLAN-Ausleuchtung der gesamten Schulgelände mit erster Priorität auf die Sporthallen vorzulegen;
 - b) die finanzielle Ausstattung der Schulen beim App-Budget nach einem Jahr dahingehend zu evaluieren, inwieweit die geplanten Finanzmittel ausreichen. Die Evaluation ist dem Digitalisierungs- sowie dem Schul- und Sportausschuss vorzulegen;
 - c) ein Konzept zur Wiederverwertung der Altgeräte vorzulegen;
 - d) die Nutzungszeiten der Endgeräte als Rahmen zu nutzen und die endgültige Ausmusterung dann festzulegen;
 - e) sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Finanzierung der Schul-IT Manager auch in Zukunft gesichert ist und ausgebaut wird. Dabei soll darauf hingewirkt werden, dass auch die Betreuung der digitalen Endgeräte künftig grundsätzlich über IT-Fachpersonal läuft, um Lehrkräfte zu entlasten;
 - f) dem Digitalisierungs- sowie dem Schul- und Sportausschuss halbjährlich einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Digitalstrategie sowie jährlich zu den Haushaltsberatungen einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Medienentwicklungsplanes vorzulegen.